

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 30 (1950-1951)  
**Heft:** 7

**Rubrik:** Politische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zur Lage

Eines der wichtigsten Probleme bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage bleibt wie bisher

*die Beziehung der Vereinigten Staaten zum kommunistischen China.*

Gelingt es, diese Beziehung stabil zu halten — wie es bis jetzt der Fall war —, so ist für die Zukunft der nächsten Monate bereits viel gewonnen. Dann werden auch die Probleme, welche die beiden Staaten jetzt noch direkt betreffen, immer mehr in das Forum der Vereinigten Nationen übertragen, und je mehr dies der Fall ist, um so mehr schwindet auch die Gefahr einer direkten kriegerischen Auseinandersetzung, — eine Auseinandersetzung, die man schon deswegen für eigentlich recht unwahrscheinlich ansehen wird, weil die Chinesische Volksrepublik wohl kaum ihre großen offenen Zentren im Innern des Landes und an der Küste den Angriffen der nunmehr aktivierten amerikanischen Luftwaffe aussetzen will. Die UNO dürfte wohl auch eher in der Lage sein, das schwierige Problem Formosa zu einem annehmbaren Kompromiß zu führen, als dies in direkter Auseinandersetzung zwischen den beiden Mächten möglich wäre, wobei sich freilich im Rahmen der UNO das Gewicht immer mehr auf die Versammlung verschieben wird — entsprechend den Vorschlägen des amerikanischen Staatssekretärs —, weil der Sicherheitsrat in der jetzigen komplizierten Lage vorerst noch inaktiviert scheint. Das hat natürlich unbestreitbare Nachteile, weil die Versammlung nicht in der Lage ist, verbindliche Beschlüsse zu fassen; sie ist ja nur befugt, Empfehlungen an die Adresse der beteiligten 59 Nationen zu richten. Aber schließlich wird man sich eben so behelfen müssen, und das gilt auch für die weitere Behandlung und die Erledigung des Problems Korea, wo der Sicherheitsrat allem Anschein nach vorerst ebenfalls nicht zu irgendwelchen Entschlüssen zu bringen sein wird, — wenn nicht eine völlige Umkehr der Dinge eintritt, die man aber nicht für sehr wahrscheinlich ansehen kann. Wie dem auch sei — so wie die Dinge heute liegen, erscheint eine befriedigende Erledigung des Problems Korea näher gerückt, wenn sich alle beteiligten Stellen Zurückhaltung auferlegen. Gelingt es in der Folge, unter der Führung der UNO den Wiederaufbau der schwer geschlagenen Halbinsel südlich und nördlich des 38. Breitengrades in die Wege zu leiten, so werden die Rückwirkungen auf die Beziehung U.S.A.-China und, weitergesteckt, auf ganz Asien nicht ausbleiben, insbesondere auch deswegen, weil damit zu rechnen ist, daß die Führer Indiens — sie sind keineswegs Trabanten der Sowjetunion — sich nach dieser Richtung aktiv und positiv einstellen werden. Das wären immerhin recht annehmbare Perspektiven.

Nun besteht natürlich durchaus die Möglichkeit, daß die Sowjetunion diese Entwicklung konterkariert. Daß sie dies versucht, ist sogar durchaus wahrscheinlich, denn man kann doch kaum annehmen, daß sie die koreanische Schlappe einfach einsteckt. Optimisten verweisen zwar in diesem Zusammenhang auf die Parallele von Berlin vor anderthalb Jahren, wo im Blockadekrieg ebenfalls der Rückzug angetreten wurde. Nur ist freilich diesmal der Einsatz reichlich größer. Aber trotzdem hört man wieder jene hartnäckigen

*Geräusche von russischen Friedensführern,*

genau so wie es damals war, bevor die Berliner Blockade liquidiert wurde. Allein ob nun die Entwicklung so günstig abläuft wie es die Optimisten glauben, oder ob sie über Hindernisse und Zwischenfälle weiterläuft, — die Bilanz dieser koreanischen Affäre kann für die Sowjetunion nicht mehr positiv ausgehen. Einmal sind die Vereinigten Staaten im Begriff, ihre Rüstung mehr und mehr zu aktivieren; schon heute stehen sie vor allem stimmungsmäßig, aber auch rüstungsmäßig den Eventualitäten wesentlich anders gegenüber als vor dem 25. Juni. Auch der europäische Westen ist, wenn auch mit einigen Verzögerungen und Hemmungen, einigermaßen in Schwung gekommen. Zudem breitet sich nun über die ganze westliche Welt und die rohstoffliefernden Kontinente

*eine ausgesprochene Rüstungskonjunktur;*

und gerade das ist für die Gesamtbeurteilung günstig, daß auch Asien mehr und mehr von ihr erfaßt wird. Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was die Sowjetunion zu Lasten ihrer Gegner auf dem Programm hatte; die von ihr erhoffte Wirtschaftskrise ist vorerst ausgeschaltet. In gemeinsamen Anstrengungen wird der Westen als Gesamtheit darauf achten müssen, daß diese Lage möglichst erhalten bleibt. So oder so werden wir es deshalb erleben, daß die Rüstung, insbesondere in den Vereinigten Staaten, weiter aktiviert wird. Sehr viele und bedeutende Wirtschaftskreise — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — sind daran interessiert, diese Konjunktur möglichst zu stabilisieren. Für den europäischen Westen freilich stellt sich das Problem unmittelbar etwas anders, denn hier wird man darauf zu achten haben, daß nicht der wirtschaftliche und der soziale Wiederaufbau durch eine überstürzte Rüstung zu sehr gefährdet werden. Gelingt es indessen, dieses Problem mit seinen dergestalt verschiedenen Aspekten — dem amerikanischen und dem westeuropäischen — zu meistern, dann wird die Prognose für den gesamten Westen für die nächste Zeit nicht ungünstig lauten.

So wie sich die Lage drei Monate nach der Einleitung des koreanischen Konfliktes darstellt, dürfte die Sowjetunion also die erste Runde verloren haben. Auf weitere Sicht gesehen freilich stellt sich ein anderes Problem — und dieses gilt nun sowohl für die Vereinigten Staaten wie für Westeuropa —: ob es nämlich gelingen wird, diese Rüstungskonjunktur, die ihrem Begriff nach in unproduktiven Werten endet, ohne allzustrarke inflatorische Erscheinungen durchzuhalten, oder ob nicht am Ende die Rechnung mit verschiedenen Währungsabwertungen bezahlt wird. Für die Zukunft ist das gewiß ein ernstzunehmendes Problem, wegen der politischen und sozialen Rückwirkungen; manches, was heute positiv erscheint, könnte sich derart in recht unangenehmer Wandlung bemerkbar machen. Sicher ist hier größte

Wachsamkeit geboten: Das könnte den Sowjets so passen, daß der Westen ihnen auf diesem Wege jenen wirtschaftlichen Niedergang und damit die revolutionäre Affektion zu Füßen legte, die ihnen bislang in wesentlichem Maße entgangen sind!

Allein die wirtschaftspolitischen Aspekte des Rüstungsproblems berühren naturgemäß nur die eine Seite. Weiter wird man in diesem Bereiche nach wie vor den Gesichtspunkt klar stellen, daß es für den Westen auch aus militärischen Erwägungen, so wie die Dinge heute liegen, nicht nur möglich, sondern durchaus gegeben erscheint,

*die Rüstung nicht zu überspitzen,*

sondern ein gewisses Maß zu halten. Die amerikanische Monatsschrift «U. S. News and World Report» veröffentlichte unter dem Titel «Warum Rußland den Krieg nicht wagt» zu diesem Problem bemerkenswerte Ausführungen, deren deutsche Fassung wir der «Weltwoche» entnehmen. Es heißt hier auszugsweise:

«Für den Kreml ergibt sich für den Fall eines russischen Angriffskrieges folgende Perspektive: Starten russische Truppen um 5 Uhr morgens, um Berlin, Westdeutschland, Jugoslawien oder den Vorderen Orient zu überfallen, so könnten amerikanische Bomber bereits im Verlaufe desselben Tages über jedem beliebigen Punkte der U.d.S.S.R. ihre Atombombenlast abwerfen. Um 8.30 Uhr könnten von Flugzeugträgern im Mittelmeer oder von den amerikanischen Flugbasen in Saudi-Arabien aus operierende Flugzeuge die Industriestädte Südrußlands in Schutt und Asche legen; in drei Flugstunden hätten sie das Herz von Rußlands Stahlindustrie und in dreieinhalb das Herz seiner Petroleumindustrie erreicht. Im Bedarfsfalle können überdies vom amerikanischen Kontinent selbst in weniger als einem Tage Atombomben nach Rußland geflogen werden. Um 10.30 Uhr desselben Morgens könnten in England stationierte Bomber über eine Strecke von fünfeinhalb Flugstunden (für B-36- und B-29-Bomber) Moskau und die im Gebiet von Moskau liegenden wichtigsten Maschinenindustrie-Zentren erreichen. Das müßte — wenn dafür ein genügender Teil des in England bereitgestellten Atombombenvorrates eingesetzt würde — das rasche Ende der sowjetischen Hauptstadt bedeuten. Um 14 Uhr könnten ebenfalls von England aus operierende Bomber das Herz der großen Waffenindustrien jenseits des Ural angreifen; innerhalb der ersten neun Stunden nach Beginn des russischen Angriffs wären also bereits all' die neuen russischen Industriestädte, in welchen die hauptsächlichsten Produktionsstätten russischer Panzer, Kanonen, Flugzeuge und Munition konzentriert sind, den amerikanischen Atombomben ausgesetzt. Um 17 Uhr schließlich, also noch immer bei Tageslicht, könnte die amerikanische Luftwaffe von England oder von Alaska aus auch die entferntesten Industriezentren der Sowjetunion erreichen; denn auch die nördlich der Mongolei gelegenen, die Uralindustrie ergänzenden Zentren der Waffenproduktion und Schwerindustrie sind weder von England noch von Alaska mehr als zwölf Flugstunden entfernt».

Die hier wiedergegebene Ansicht der amerikanischen Zeitschrift gründet sich auf die Annahme einer starken Überlegenheit der Vereinigten Staaten im Bereich der Atombombe, und zwar geht sie davon aus, daß die Vereinigten Staaten schon im Jahre 1946 über 450 Atombomben verfügten, während der gegenwärtige Vorrat der Sowjetunion nicht mehr als 25 Stück betrage. Es ist uns natürlich nicht bekannt, woher die Zeitschrift ihre Informationen hat. Indessen sind der Anzeichen und maßgeblichen Äußerungen so viele, die auf eine starke Überlegenheit der Vereinigten

Staaten in diesem Bereiche schließen lassen, daß man sie wohl in einem mehr oder weniger ausgesprochenen Verhältnis als gegeben annehmen kann. Zur Zeit! So gäbe im übrigen die Darstellung der amerikanischen Zeitschrift zu verschiedenen Betrachtungen Anlaß, und es ließen sich aus ihr alle möglichen Perspektiven und Alternativen — auch unangenehme — ableiten. Wie diese nun lauten mögen: angesichts der gewaltigen Überlegenheit des Westens an industriellen Möglichkeiten kann wohl davon ausgegangen werden, daß ein starker Vorsprung im Bereiche der Atombombe, mit Einschluß der Wasserstoffbombe, gehalten werden kann. Sollte sich dies freilich auf die Dauer aus irgendwelchen Gründen als unmöglich erweisen, so wären die Aussichten ausgesprochen ungünstig.

#### *Die internen Auseinandersetzungen in den Vereinigten Staaten*

über die kommende Politik haben nun zu dem bedeutsamen Wechsel im Verteidigungsdepartement geführt, durch den General Marshall an die Stelle Johnsons getreten ist. Die Gründe für diese Ablösung sind zur Zeit nicht ganz durchsichtig; wei es heißt, soll auch Johnson für den Präventivkrieg eingetreten sein. Von Marshall wird man eine mehr autoritative, aber auch ruhigere Politik zu erwarten haben, die, so nimmt man an, Europa in den Vordergrund stellen wird. Daß übrigens das ruhige und besonnene Element in den Vereinigten Staaten trotz allem nicht ausgestorben ist, mag eine eben erst gefallene Äußerung aus maßgebenden Kreisen der Marshallplan-Verwaltung zeigen, in welcher vor einer Einstellung des Handels zwischen West und Ost ausdrücklich gewarnt, im Gegenteil seine Förderung empfohlen wird, soweit es sich nicht direkt um militärische Güter handelt.

Eine verhältnismäßig ruhige Beurteilung der Lage läßt sich auch aus den Beratungen der Vertreter des Nordatlantiktaktes, bzw. der Minister der drei Westmächte in New York ablesen, soweit wenigstens das deutsche Problem in Frage steht. Es besteht der Eindruck, daß hier nichts überstürzt wurde. Die Westmächte haben nun die fällige Sicherheitsgarantie gegenüber Westdeutschland in aller Form übernommen, und zwar auch für den Fall eines Angriffs durch die ostdeutsche Volkspolizei, womit dieses Problem nunmehr klargestellt wäre. Es werden im übrigen verschiedene Erleichterungen des Besetzungsstatuts eintreten, die sich in der Hauptsache auf die Außenpolitik und auf die Wirtschaftspolitik beziehen, ihrerseits indessen an verschiedene Bedingungen geknüpft sind. In dem wichtigsten Bereiche, nämlich in bezug auf

#### *die Frage der Aufrüstung Westdeutschlands,*

sind die Vorbehalte vorerst siegreich geblieben. Es werden keine deutschen Kontingente aufgestellt, dagegen sollen die Besetzungstruppen eine gewisse Verstärkung erfahren, wobei freilich weder über den Zeitpunkt etwas ausgesagt ist noch darüber, wer diese Verstärkungen bezahlt. Im Hinblick auf die deutsche Aufrüstung scheint also die Politik der Engländer und insbesondere der Franzosen, die hier ständig zu bremsen versuchten, oder, wie es Außenminister Bevin einmal ausgedrückt hat, «die Füße schleppten», sich durchgesetzt zu haben. Wie man weiß, deckt sich diese Politik mit den Bestrebungen weiter deutscher Kreise, welche den Schritt von der Demilitarisierung zur Remilitarisierung nicht tun wollen. Dafür hat man nun Westdeutschland die Aufstellung einer zusätzlichen Polizeitruppe in Stärke von

30 000 Mann zugebilligt, die aber als Länderpolizei aufgezogen werden soll und dem Bunde nur im Notfall zur Verfügung steht. Es ist damit eine Institution geschaffen worden, die man in Westdeutschland mit dem Begriff «Heimwehr» bezeichnet, und vorerst dürfte es dabei bleiben.

Jann v. Sprecher

## Londoner Brief

Als Leopold Ranke vor mehr als hundert Jahren das berühmte Schlagwort vom «Primat der Außenpolitik» prägte, konnte er mit sehr viel einfacheren Verhältnissen rechnen, als wie sie heute die Männer beherrschen, denen die schwere Bürde der Regierung eines demokratischen Staates obliegt. Es war damals die Zeit der Kabinettspolitik im Stile Metternichs, die nicht danach fragte oder zu fragen brauchte, ob ihre außenpolitische Haltung den breiten Massen des Volkes gefiel oder nicht, wenn nur der Monarch sie billigte oder geschehen ließ. In jenen Zeiten war es weder zweifelhaft noch schwierig, daß die innerpolitischen Rücksichten vor den Forderungen der Außenpolitik zurückzutreten hatten. Wie anders ist heute die Lage! (Selbstverständlich abgesehen von jenen Staaten, wo eine diktatorische Gewaltherrschaft dem Volke rücksichtslos ihren Willen aufzwingt.) Wo immer die Existenz einer Regierung von der Zustimmung und dem Vertrauen des Parlaments und damit letzten Endes der Wählerschaft abhängt, zieht die Rücksicht auf die innerpolitischen und sozialpolitischen Forderungen ihrer Wähler ihrer Außenpolitik bestimmte, zuweilen sehr enge und unbequeme Grenzen. Dies gilt natürlich ganz besonders von einem Staate, in dem Regierung und Opposition sich fast die Waage halten, wie im heutigen England, wo eine Neuwahl jeden Augenblick vor der Tür stehen kann.

*Der Entschluß der Regierung Attlee, die Verteidigungskräfte des Landes zu stärken,*

findet natürlich die Zustimmung der konservativen wie der liberalen Opposition, und es versteht sich bei einem Staatsmann von dem Kaliber Churchills von selbst, daß er die Regierung bei der Durchführung dieses Programms nachdrücklich unterstützt. Und doch hatte er scharfe Kritik zu üben, die der Ministerpräsident ebenso scharf zurückzuweisen suchte. Wir können hier von dem Streit darüber absehen, ob die Regierung das Parlament nicht schon zu einem früheren Termin hätte einberufen sollen. Das ist nun erledigt. Es ist nur noch interessant als ein Glied des allgemeinen Vorwurfs der Opposition, daß die Regierung allzu lange gezögert habe, aus der durch den blutigen Konflikt in Korea charakterisierten Zuspitzung der auswärtigen Lage die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Die Enthüllung der völligen Unzulänglichkeit der militärischen Rüstung, zu der die Regierung sich in den letzten Tagen der ordentlichen Parlamentssession im Juli genötigt gesehen, hatte im ganzen Lande den tiefsten Eindruck gemacht. Man brauchte kein Parteimann zu sein, um die Frage aufzuwerfen, ob die Landesverteidigung nicht über Gebühr vernachlässigt worden war und ob das nicht daran lag, daß die Regierung zu viel Rücksicht auf die Wünsche und Vorurteile ihrer Parteifreunde genommen, oder mit anderen Worten, dem festen Zusammenschluß der Partei den Vorrang vor den Bedürfnissen der Außenpolitik eingeräumt hatte.

Ein Beispiel dafür bietet die Frage der militärischen Dienstzeit. In der Thronrede vom November 1946 kündigte Attlee angesichts des verdunkelten außenpolitischen Horizontes den Entschluß der Regierung an, die allgemeine Dienstpflicht fort-

bestehen zu lassen. 45 seiner Parteifreunde stimmten für ein hiergegen gerichtetes Amendement zur Adresse und weitere 132 fehlten bei der Abstimmung. Im folgenden März brachte die Regierung eine Vorlage ein, welche die Dauer der Dienstpflicht auf 18 Monate festsetzen wollte. Abermals brach in der Labourpartei eine Revolte aus, und diesmal wich die Regierung vor ihr zurück. Gegen den Rat der militärischen Sachverständigen und gegen den Widerstand der Konservativen verkürzte sie die Dienstzeit auf zwölf Monate. Aber nicht lange konnten die Rebellen sich ihres Sieges erfreuen. Die Wolken am Horizont, vor denen sie die Augen verschlossen hatten, wurden immer größer und düsterer: Staatsstreich der Kommunisten in Prag, Blockade Berlins. Bereits im September des nächsten Jahres mußte die Regierung alle Entlassungen von den Fahnen suspendieren, und im November 1948 mußte sie das Gesetz vom Frühjahr 1947 dahin abändern, daß die Dienstzeit auf achtzehn Monate heraufgesetzt wurde. Dabei mußte sie rundweg eingestehen, daß zwölf Monate sich als völlig unzulänglich für eine zureichende Ausbildung erwiesen hatten. Und nun, knapp zwei Jahre später, muß sie noch einen Schritt weiter gehen und die Dienstzeit auf vierundzwanzig Monate verlängern, und das Unterhaus ist so sehr von der Notwendigkeit dieser Maßregel überzeugt, daß es alle drei Lesungen in einer Sitzung erledigt. Leicht ist ihm das sicher nicht geworden, wie einige nach kurzer Debatte wieder zurückgezogene Amendements zeigen. Die Abneigung gegen «conscription» liegt dem Engländer seit der Militärdiktatur Cromwells gewissermaßen im Blute; charakteristischerweise fällt es der Liberalen Partei am schwersten, sich mit ihr abzufinden. Aber «die ungestüme Presserin die Not» bringt heute jeden Widerspruch zum Schweigen.

Das Zögern und innere Widerstreben der Regierung gegen die nun unumgängliche Aufrüstung hat jedoch noch tieferliegende Gründe. Sie hängen zusammen mit der

#### *Finanz- und Sozialpolitik.*

Die Kosten der militärischen Aufwendungen werden für die nächsten drei Jahre auf 3 600 Millionen Pfund geschätzt. Wenn man im laufenden Budgetjahr auch mit einem Mehraufwand von nur etwa 70 Millionen auszukommen hofft, so wird er für das nächste Jahr schon auf 220 und für die beiden folgenden Jahre auf je 400 bis 600 Millionen veranschlagt. Wo sollen sie hergenommen werden? Die Steuerkraft ist bereits durch die bisherigen Budgets so gut wie vollständig ausgeschöpft, Reserven für den Notfall sind nicht übrig gelassen worden. Ein normaler Einkommensteuerersatz von 45 % ist für Friedenszeiten ohnehin eine Absurdität. Will und kann man ihn noch weiter steigern? Der Schatzkanzler Sir Stafford Cripps hat in seinem letzten Budget den unteren Einkommensklassen eine Ermäßigung gewährt, die mehr parteipolitisch als finanzpolitisch motiviert war. Auch diese generöse Geste konnte er sich nur dadurch leisten, daß er die ausfallenden 75 Millionen durch schärfere Besteuerung der Automobile herbeischaffte. Die Umsatzsteuer, die sonst als Reserve für Notfälle angesehen wird, hat bereits annähernd ihr Maximum erreicht. Wenn aber die Einnahmen nicht heraufgesetzt werden können, dann müssen die Ausgaben herabgesetzt werden. Gerade das aber hat Cripps hartnäckig als unmöglich bezeichnet.

In der Tat ist es für die jetzige Regierung politisch unmöglich, denn es würde Herabsetzung der Ausgaben für soziale Zwecke bedeuten. Kann es für eine sozialistische Regierung ein schlimmeres Dilemma geben, als wenn sie zwischen Ausgaben für militärische und soziale Zwecke zu wählen hat? Wenn sie z. B. daran denken würde, die Zuschüsse für Lebensmittel einzuschränken, so fürchtet sie neue Lohnsteigerungen, welche die Inflation weitertreiben und die Vorteile der Pfund-Devaluation wegschwemmen würden. Sie hatte sich zugetraut, durch ihren Einfluß auf die Gewerkschaften die Lohnbewegungen im Zaun halten zu können. Dies Zutrauen ist tief erschüttert. Der letzte Trade-Union-Kongreß hat ihr eine schwere

Niederlage gebracht. Er hat die von seinem Vorstand im Einklang mit der Regierung befürwortete Politik der Beschränkung ausdrücklich verworfen und mit beträchtlicher Mehrheit eine EntschlieÙung angenommen, die weitere Lohn-erhöhungen mit dem charakteristischen Zusatz verlangt, daß sie nicht durch Preis-erhöhungen, sondern aus den Profiten der Unternehmer bestritten werden sollen. Die führende sozialistische Wochenschrift «New Statesman» urteilt sehr scharf über den Kongreß. Sie beklagt den Mangel an Führung und ruft aus: «Volle Unterstützung für die Koreapolitik und die Aufrüstung zu versprechen, und fast im gleichem Atem so zu tun, als ob ein größerer Kuchen verteilt werden könne, ist ein Beweis für den mangelnden Willen, den realen Tatsachen ins Auge zu schauen». Wir wollen heute nicht untersuchen, wer an diesem mangelnden Willen letzten Endes schuld ist. Ebenso wichtig und bedauerlich ist die Feststellung, daß der Einfluß der Gewerkschaftsführer auf ihre Mitglieder tief gesunken ist. Wenn sie zur Vernunft reden, verlieren sie ihre Gefolgschaft. Das zeigen die wilden «unoffiziellen» Streiks, wie der viertägige bei den Londoner Omnibussen, bei denen man gewiß nicht von «Profiten» sprechen kann, aus denen die Streikenden befriedigt werden könnten. Diese Erscheinungen müssen noch viel ernster genommen werden, wenn man der offiziellen Erklärung des Arbeitsministers Glauben schenkt, daß eine von Kommunisten geleitete oder beeinflusste Organisation bewußt auf eine Gefährdung der englischen Wirtschaft hinarbeitet.

Man sollte nach allem meinen, daß das Kabinett Attlee gerade genug zu tun hat, um mit den Aufgaben fertig zu werden, welche ihr die äußere und innere Lage unausweichlich aufdrängt, und daß sie zu ihrer Lösung der Hilfe des ganzen gegen die Kommunisten geeinigten Volkes bedarf. Man steht daher wie vor einem Rätsel, wenn man nach ihren Gründen fragt, warum sie gerade in diesem kritischen Augenblick die so leidenschaftlich umstrittene Frage der

#### *Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie*

wieder zum Aufflammen bringt. Ist das wieder ein Fall des «Primats der Parteilpolitik» vor der Außenpolitik? Hat sie wieder dem Drängen ihrer Radikalen nachgegeben, denen das Dogma wichtiger ist als alle Rücksicht auf die Nöte des Landes und alle Erwägungen der praktischen Vernunft? Es ist bezeichnend, daß die «Times», die sonst die Regierung mit größter Nachsicht behandelt, diesmal geradezu von einer «Narrheit» (folly) spricht.

*Erich Eyck*

### Brief aus San Marino

Die großen Zeitungen Europas haben so gut wie in allen Ländern unseres Kontinents ihre Korrespondenten sitzen — aber in San Marino, der kleinen Bergrepublik, haben sie keinen. Es rentiert sich nicht, von dort der Öffentlichkeit zu berichten, denn das Wenige, das sich in San Marino ereignet, hat wirklich nur lokale Bedeutung. Und dennoch liest man überall immer wieder gern vom Leben der 16 000 Bürger dieses seltsamen Kleinstaates, der seine Unabhängigkeit nun schon rund dreihundert Jahre ungeschmälert erhalten konnte. Immer noch lebt nämlich in den Menschen unserer Zeit die Sehnsucht nach einem geruhsamen, geborgenen Leben, das nicht die politischen und sozialen Erschütterungen unseres Kontinents kennt.

So ist es also nicht nur die Sensation, die alljährlich Zehntausende von Fremden in die Bergrepublik des hl. Marinus bringt. Früher kamen sie meist mit dem von Mussolini gespendeten schönen Triebwagen, — heute bevorzugen sie für ihre Fahrt



nach San Marino die herrlichen und bequemen Autocars, die vom Seebad Rimini aus in kurzer Zeit zum Monte Titano hinaufkurven. Eine Paß- oder Zollkontrolle gibt es nicht, — aber man weiß doch, wo die Grenzen der Republik überschritten sind: dort nämlich, wo das meist leere Grenzhaus steht, beginnt die frisch asphaltierte Straße, die in den an die zweitausend Seelen zählenden Hauptort des Zwergstaates führt.

Bald steht man auf der Piazza della Libertà, dem Hauptplatz der Residenz, und blickt zum Regierungspalast, der in seinem Stil wohl an die italienischen Burgen des 16. Jahrhunderts erinnern soll, dessen Alter jedoch nur etwas mehr als fünfzig Jahre beträgt. Vor dem Palazzo del Governo aber steht die Statue des hl. Marinus, der ja der ganzen Republik seinen Namen gab. Auch sie stammt erst aus dem vorigen Jahrhundert und ist ein Geschenk einer Amerikanerin, Mrs. Ottilia Heyroth-Wagner, die dafür den Titel einer «Duchessa de Aquaviva» erhielt. Dann geht man durch die engen Gassen, tritt in die beiden alten Kirchen La Pieve und San Francesco ein und genießt schließlich vom Monte Titano, der so jäh aus der rauchblauen Ebene schießt, das seltene Panorama eines ganzen Staates. Unter der weiß-blauen Flagge San Marinos ordnen sich die Weinberge, Felder und Gärten, unterbrochen von weiß-geputzten Häusern, — alles zusammen 61 Quadratkilometer, auf allen Seiten umgeben vom Gebiet der italienischen Republik.

Der Fremde, der einige Tage hier bleiben will, hat nicht viel Auswahl, denn es gibt nur ein bescheidenes Hotel, das ihm Unterkunft gewährt. Hier, im «Albergo del Titano», der über weniger Komfort verfügt als eines unserer mittleren Hotels, kann man öfters auch die Honorationen der Republik antreffen und sich mit ihnen sogar über die Lebensverhältnisse in San Marino unterhalten. Man ist nicht wenig erstaunt, zu hören, daß

#### *San Marino eigentlich eine Volksdemokratie*

ist, denn seit 1944 regiert hier der «Freiheitsausschuß», eine Koalition der Linken, bestehend aus Kommunisten, Sozialisten und Republikanern. Diese haben zwar bei den letzten Wahlen im Vorjahr einige Mandate an die Opposition verloren, konnten aber ihre Majorität für diesmal noch behaupten, denn 35 von 60 Mitgliedern des Großen Rates gehören auch jetzt noch den Mehrheitsparteien an. Die administrative Lenkung des Staates liegt in den Händen des «Consiglio dei Dodici», eine Art Senat, der aus zwölf Männern besteht. An der Spitze der Republik aber stehen die beiden Capitani Regenti, die jedes halbe Jahr neu gewählt werden. Früher war es so, daß ein Knabe von weniger als vier Jahren zwei Zettel aus der Urne mit den sechzig Namen zog, — was bisweilen natürlich auch der Opposition zugute kam. Nun wurde dieser seit Jahrhunderten geübte Brauch abgeändert, denn seit Kriegsende werden die beiden Capitani Regenti nur aus den Reihen der Mehrheit genommen. Dies war sicher eine bedeutende Änderung in der Struktur dieser konservativen Republik, — aber böse Zungen behaupten, es sei auch die einzige Reform während der Herrschaft der Linksparteien gewesen.

Früher war der maßgebende Mann der Republik der faschistische Parteisekretär Manlio Gozi. Er sei kein schlechter Mensch gewesen, sagen die San Marinesen, aber bis heute können sie es ihm nicht vergessen, daß er die Anordnung traf, das einzige Kino dürfe nicht früher mit der Vorstellung beginnen als er selbst Platz genommen habe. Nun kam er aber jedesmal zu spät, — und das war für die stolzen Bürger der Republik doch zu viel. Heute lebt Manlio Gozi als Emigrant in Mailand.

Wer etwas über San Marino erfahren will, wendet sich am besten an Professor Gino Giacomini, der im Consiglio den Posten eines Außenministers bekleidet und nebenbei auch der führende Mann der Sozialistischen Partei ist. Der siebzigjährige vornehme und freundliche Herr hat es ziemlich leicht, sein Primat zu behaupten, denn

weder die Kommunisten noch die Republikaner verfügen über geeignete Persönlichkeiten. Wenn auch die Koalition vom Führer der Kommunistischen Partei, dem früheren Mechaniker und späteren Direktor einer Transportgesellschaft, Eremegildo Gasperoni, geführt wird, so haben doch die Sozialisten ein entscheidendes Wort mitzureden und alle Beschlüsse der Regierung und deren Bekanntmachungen erhalten ihre letzte Stilisierung durch Professor Giacomini. Dann kann man sie auch im «Popolo Sanmarinese» nachlesen.

Man soll aber nicht glauben, daß San Marino überhaupt keine Sorgen hat. Wohl bezahlen seine Einwohner nur geringe Steuern, aber immerhin sind rund tausend Bürger eigentlich arbeitslos. Man hilft sich, indem man diese zumeist ungelernten Kräfte für öffentliche Arbeiten einsetzt und sich so die Arbeitslosenunterstützungen erspart. Übrigens gibt es auch noch keine Krankenkasse und auch noch keine Sozialversicherung, doch ist ein entsprechendes Gesetz in Vorbereitung.

### *Spielkasino löst Finanzprobleme*

Wie im benachbarten Italien ist übrigens auch hier das Problem der Bodenreform aktuell. Insgesamt gibt es in der Republik über 1700 Höfe, aber 500 Bauern haben nicht einmal ein Fünftel eines Hektars Boden. Nur 80 Besitzer verfügen über mehr als drei Hektar, — die Mehrzahl davon Religionsgemeinschaften. So ist also die Zahl der Landarbeiter verhältnismäßig groß. Die Linksregierung hat bisher die bestehenden Verhältnisse noch nicht geändert, sie hat aber durch ein Preisgesetz über den Ein- und Verkauf von Vieh die sozial schwachen Schichten eindeutig bevorzugt.

Die Einnahmen des Staates bestanden bisher hauptsächlich aus dem Tabakeinfuhrmonopol, dem Verkauf von Briefmarken und den Gewinnen der Spielbank, die jetzt umgebaut wird. Lange haben sich die konservativen Kräfte dagegen gewehrt, aus San Marino ein zweites Monaco zu machen; — aber schließlich haben doch die finanziellen Erwägungen alle anderen Einwände in den Hintergrund gedrängt. Dies ist insofern verständlich, als die Republik von den Westmächten bisher vergeblich die Bezahlung einer Entschädigung von 732 Mill. Lire für das Luftbombardement des neutralen Staates am 26. Juni 1944 gefordert hat. Insofern war also die Errichtung eines Spielkasinos ein glücklicher Zug, denn San Marino wurde dadurch vor einer Finanzkatastrophe gerettet und konnte überdies an den Wiederaufbau der zerstörten Museumsbibliothek und eines großen Teiles der bombardierten Häuser schreiten.

Aber trotz all' dieser Sorgen, wie sie ja übrigens jede menschliche Gesellschaft hat, kann San Marino glücklich sein, so abseits von jeder großen Politik zu leben. 1926 bewarb es sich noch um die Aufnahme in den Völkerbund, was aber («weil San Marino ein Zwergstaat ist») abgelehnt wurde. So hat man es bei der UNO gar nicht erst versucht. Auch der letzte Krieg, den die Bergrepublik führte, liegt lang zurück: 1453 war es das letzte Mal, daß deren Bürger dem Fürsten Urbino gegen Malatesta zu Hilfe eilten. Seither aber ist San Marino ein Staat des Friedens.

## Militärische Umschau

*«Activité, activité, vitesse» (Napoleon)*

Der Krieg in Korea hat die Welt aus trügerischen Träumen von Sicherheit und Frieden aufgeschreckt und in die harte Wirklichkeit zurückversetzt. Die westliche Welt stellt mit Bitterkeit ihre mangelnde Bereitschaft fest.

Über die Bereitschaft der Schweiz gab Bundesrat Kobelt am 23. Juli in Grenchen beruhigende Zusicherungen; er bemerkte immerhin, auf dem Gebiete der Bewaffnung und Ausrüstung müßten noch «einige Lücken» geschlossen werden<sup>1)</sup>. Die Schließung dieser Lücken kostet 1,4 Milliarden und erfordert eine «einmalige große finanzielle Kraftanstrengung», wie Bundesrat Kobelt am 27. August am Unteroffizierstag in Buchs erklärte<sup>2)</sup>. Es handelt sich um bedeutsame Lücken, vor allem auf den Gebieten der Panzer- und Fliegerabwehr. Die Maschinengewehre unserer Infanterie, Modell 1911, haben eine Kadenz von 480 Schuß in der Minute, moderne Maschinengewehre eine mehr als doppelt so hohe. Unsere Leichten Truppen besitzen überhaupt kein Maschinengewehr. Unsere Leichten und Gebirgsbrigaden sind immer noch mit 7,5 cm Geschützen ausgerüstet. Die gesamte Artillerie einer Leichten Brigade zu sechs Kampfbataillonen (Motordragoner, Radfahrer und Motorradfahrer) besteht aus 12 Kanonen 7,5 cm.

Wohl kommt es im Kriege nicht in erster Linie auf das Material an; entscheidend bleibt immer der Mensch. «L'homme est l'instrument premier du combat» (Ardant du Picq). Aber wir sind es unseren Soldaten schuldig, sie entsprechend dem heutigen Stande der Technik auszurüsten.

«Man darf nicht nur von dem einzelnen dienstpflichtigen Bürger oft sehr erhebliche Opfer fordern, es ist zuerst Pflicht des Staates, seinerseits nichts zu versäumen, dessen die Armee bedarf, um schlagfertig zu sein»<sup>3)</sup>.

Vor kurzem bemerkte der amerikanische Kriegskorrespondent in Korea, Homer Bigart, anlässlich der Schilderung einer Kampfepisode:

«It is worth telling ... as an example of what happens when men are thrown into action without adequate preparations»<sup>4)</sup>.

Die Lücken unserer materiellen Ausrüstung sind vorwiegend ein Erbe des Aktivdienstes 1939/45, in welchem unsere Armee der sprunghaften Entwicklung auf allen kriegstechnischen Gebieten nicht mehr folgen konnte. Unsere Armee hat 1945 mit einer mehrheitlich veralteten Ausrüstung demobilisiert. In den folgenden fünf Jahren war man bemüht, den Stand der militärischen Bereitschaft nicht sinken zu lassen. Finanzielle Schwierigkeiten erlaubten den Ausbau der Armee nur in bescheidenem Ausmaß: Neubewaffnung der Feldartillerie, Motorisierung, Beschaffung von Panzerjägern und neuen Funkgeräten, Ankauf von Vampire- und Mustang-Jagdflugzeugen und anderes mehr. Wohl haben die Räte den militärischen Sondervorlagen stets zugestimmt, aber ebenso regelmäßig wurde bei der Beratung des Voranschlages die Höhe der Militärausgaben kritisiert. 1946 wollte die Kommission zur Vorbereitung der Finanzreform das Militärbudget auf 300 Mio beschränken. Nur mit größter Mühe gelang es dem Chef des EMD, für das Finanzprogramm 400 Millionen einzusetzen<sup>5)</sup>. Im Dezember 1948 wurde ein von Bundesrat Kobelt mit Nachdruck vertretener Kredit von einer Million beim Posten der Kriegstechnischen Abteilung «Entwicklungen, Versuche usw.» von der Bundesversammlung gestrichen (siehe Märzheft 1949, S. 786). Noch im Dezember 1949 haben die eidgenössischen Räte die Ausgabensumme des Militärdepartementes um 20 Mio herabgesetzt, ohne zu be-

1) «Grenchener Tagblatt», Nr. 169.

2) «Der Rheintaler», Nr. 133.

3) General Herzog, Bericht vom 22. November 1870 über die Truppenaufstellung im Juli und August 1870, S. 7.

4) «New York Herald Tribune», Pariser Ausgabe, 12. Juli 1950.

5) Denkschrift des EMD (Eingabe an den Bundesrat) vom 28. Juni 1947 zur Frage der Bundesfinanzreform. — Botschaft des Bundesrates vom 22. Januar 1948 über die verfassungsmäßige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes. Bundesblatt 1948, Bd. I, S. 309.

stimmen, bei welchen Posten die Ausgaben zu senken seien. Über die Stimmung im Nationalrat gegenüber den militärischen Aufwendungen in der Nachkriegszeit geben nachfolgende Zitate Anhaltspunkte:

«Wir rüsten heute, als ob der dritte Weltkrieg bereits beschlossene Sache sei. Wir als kleines Land hätten allen Grund, uns der großen Gedanken in der Charta von San Franzisko zu freuen. Die führenden Staatsmänner der drei großen Weltmächte haben übereinstimmend ihre Bereitschaft erklärt, jeden künftigen Krieg zu verhindern. Nach den neuesten Erklärungen der Wissenschaft wird die Atombombe in einem kommenden Krieg mit einem Schlag ganze Weltstädte vernichten. Da lassen sich so hohe Ausgaben für unser Militärwesen nicht mehr verantworten. Trotz der Differenzen unter den Alliierten steht kein Krieg bevor. Die Führer der Vereinten Nationen sind sich bewußt, was das zu bedeuten hätte... Die für Forschungen im Militärbudget eingesetzten Mittel könnten nützlicher für Forschungszwecke im Dienste der Wirtschaft und Volkswohlfahrt verwendet werden. Bei der raschen Entwicklung der Technik haben wir nichts zu verlieren, wenn mit den Neuanschaffungen von Kriegsmaterial zugewartet wird»<sup>6)</sup>.

«Eine Reihe dieser Anschaffungen müssen heute, da nicht die geringste akute Kriegsgefahr besteht, zweifellos auch mit Rücksicht auf unseren Mangel an Arbeitskräften zurückgestellt werden. Es besteht kein Grund, daß wir hier in einer knappen Stunde Militärausgaben von 114 Mio beschließen, ohne uns bereits Rechenschaft geben zu können, wie sich die gesamten Militärausgaben gestalten werden. Dies um so weniger, als ich den Glauben und die Überzeugung habe, daß unsere Generation keinen Krieg mehr durchzumachen haben wird» («Berner Tagwacht», 19. Dezember 1945).

«Während man hier von einem neuen Wehrprogramm spricht, habe ich gestern und vorgestern in der Presse gelesen, daß im Sicherheitsrat der UNO von der Abrüstung die Rede ist. Rußland, Amerika und England rüsten zum Teil schon ab, beantragen der UNO einen allgemeinen Abrüstungsplan, der gewiß noch nicht verwirklicht ist; aber die Idee selber ist vor der Weltöffentlichkeit zur Sprache gebracht. Unser kleines Land will nun aber hier, im Gegensatz zu dieser Abrüstung, ein neues Wehrprogramm für 5—10 Jahre aufstellen! Gegen dieses neue Rüstungsprogramm spreche ich mich aus. Einer solchen Vorlage müssen das Volk und die Volksvertreter heute schon ihren Kampf ansagen. — Das muß unser Wehrprogramm für die kommenden Jahre sein, unsere Sicherheit in der kollektiven Sicherheit aller kleinen Länder zu finden» («Berner Tagwacht», 12. Oktober 1945).

Der Kriegslärm von Korea hat solche Stimmen fast vollständig zum Verstummen gebracht, nur die «Schaffhauser Arbeiterzeitung» bezeichnet auch heute noch das Rüstungsprogramm als «grotesk» und findet, «daß der Bengel der Herren Obersten allzu hoch geworfen wurde»<sup>7)</sup>. All' diese Stimmen haben mitgeholfen, das Militärbudget der letzten fünf Jahre niedrig zu halten und damit einen stärkeren Ausbau unserer Bewaffnung zu verunmöglichen.

Heute wird das in seinen Einzelheiten noch nicht bekannte Rüstungsprogramm fast ausnahmslos günstig aufgenommen. Der Verwirklichung stellt sich aber der *Faktor Zeit* hindernd in den Weg. Die Ausstattung einer Armee mit neuen Waffen beansprucht viel Zeit. Die Umbewaffnung unserer Feldartillerie mit der Haubitze Modell 1942 hat erst 1946 begonnen und wird erst Ende 1950 vollendet sein. Die Ablieferung der 1947 und 1949 bestellten Vampire-Düsenjäger hat erst 1949 eingesetzt und dürfte sich, nach Ansicht des Bundesrates, auf vier bis fünf Jahre er-

<sup>6)</sup> Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung, März-Session 1947, S. 133.

<sup>7)</sup> Nachgedruckt in «Berner Tagwacht», Nr. 205.

strecken<sup>8)</sup>. Das Modell, das 1945 und 1946 als ausgezeichnete Jäger galt, wird von einem Fachmann bereits als überholt und veraltet bezeichnet («Curieux», Nr. 36). Die langen Fristen von der Beschaffung eines brauchbaren Modells bis zur Ausrüstung der Truppe zwingen dazu, die Entschlüsse frühzeitig zu fällen und die Aufträge oder Bestellungen frühzeitig zu erteilen.

Andere Länder haben auf die Ereignisse in Korea erstaunlich rasch reagiert, trotz Sommerhitze und Ferienzeit. Truppen, die vor der Entlassung standen, werden länger unter den Fahnen behalten, die Militärdienstzeit wird verlängert, die Effektivbestände werden beispielsweise in Frankreich stark erhöht und für Heer, Marine und Luftwaffe werden überall erhebliche zusätzliche Kredite zur Verfügung gestellt. Aus der Radioansprache Trumans vom 9. September geht hervor, daß die Verteidigungsausgaben der USA im nächsten Fiskaljahr mindestens 120 Milliarden Franken betragen werden. In vielen Ländern hat man rasche Entschlüsse und rasches Handeln als das *Gebot der Stunde* erkannt, Parlamente frühzeitiger zusammengerufen als vorgesehen war, wie in England, oder außerordentliche Sessionen angesetzt wie in Norwegen. Auch die schweizerische Bundesversammlung ist eine Woche früher als üblich zur Herbstsession zusammengetreten — aber aus anderen Gründen. Weshalb steht kein Rüstungsprogramm auf der Traktandenliste? Der Fünfjahresplan für die Aufrüstung und Modernisierung unserer Armee, den das EMD zu Beginn des Jahres aufgestellt hat, wird von der am 23. Dezember 1949 eingesetzten dreiundzwanzigköpfigen Studienkommission des Bundesrates für Militärausgaben geprüft und erdauert, Korea hin oder her. Soll man in Anspielung an die Worte Churchills im Parlament am 12. September sagen: «Wo steht die Kommission heute in dieser Frage? Wahrscheinlich überprüft sie sie wieder einmal» (vergl. «Die Wehrdebatte im englischen Parlament». NZZ, Nr. 1912).

Bundesrat Kobelt hat in Buchs erklärt: «Die Verstärkung der Landesverteidigung ist *die dringendste Aufgabe*, die sich uns stellt»<sup>9)</sup>. Die Bundesversammlung kann aber diese dringendste Aufgabe noch nicht an die Hand nehmen. Das Rüstungsprogramm ist ihr noch nicht bekannt, und es liegen auch noch keine Kreditbegehren vor. Die Finanzkommissionen haben lediglich im Juli einen Vorschuß von 42 Mio für Äufnung der Munitionsreserven bewilligt, während Schweden bereits am 1. Juli Aufträge im Wert von 680 Mio Franken vergeben hat (NZZ, Nr. 1951). Für die Modernisierung der Bewaffnung soll eine erste Jahresrate erst in den Voranschlag 1951 eingestellt werden. In der Septembersession wird lediglich eine freisinnige Interpellation dem Chef des EMD Gelegenheit geben, die Räte über den Stand der Landesverteidigung zu orientieren.

Das Zögern der Bundesbehörden wird vielerorts nicht verstanden. Warum bezeichnet man die Aufrüstung der Armee als die dringendste Aufgabe und läßt trotzdem die Septembersession ungenützt verstreichen? Gewiß kann man Korea nicht mit der Schweiz vergleichen, Churchill sagte aber mit vollem Recht im Parlament, der heutige Krieg auf einem entfernten Kriegsschauplatz sei nur einer von den Kriegen, «die irgendwo in der Welt ausbrechen können» (NZZ, Nr. 1907). Ist der eiserne Vorhang in Europa etwas ganz anderes als der 38. Breitengrad in Korea? Ist der Zeitpunkt, das Rüstungsprogramm vor die eidgenössischen Räte zu bringen, psychologisch nicht denkbar günstig?

«Bei allem Respekt vor der sprichwörtlichen eidgenössischen Gründlichkeit sehen wir in dieser Situation eine große Gefahr. Wir müssen heute *handeln* und nicht verhandeln. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, längst überfällige Entschlüsse noch weiter hinauszuschieben. Es geht jetzt nicht mehr

<sup>8)</sup> Botschaft vom 15. Februar 1949 über die Flugzeugbeschaffung. Bundesblatt 1949, I, S. 313.

<sup>9)</sup> «Der Rheintaler», Nr. 133.

allein darum, auf eine lange Reihe von Jahren hinaus ein wohlabgewogenes und ausgeklügeltes Rüstungsprogramm aufzustellen, sondern wir müssen alles daran setzen, innert kürzester Frist und *coûte que coûte* unsere Bewaffnung zu verbessern durch Käufe im Auslande und durch maximale Heranziehung unserer staatlichen und privaten Rüstungsbetriebe» (Georg Heberlein in der NZZ, Nr. 1700).

«Aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß im Bestreben, die beste Lösung zu finden, da und dort zu lange kein Entschluß gefaßt wurde. . . Das Volk ist eher der Meinung, daß die Zeit, in der Zaudern eine Tugend war, vorüber ist und daß jetzt gehandelt werden muß. . . Es genügt nicht, daß dieses Rüstungsprogramm in einigen Schubladen liegt, es genügt nicht, daß die «Kommission zur Überprüfung der Militärausgaben», in viele Subkommissionen aufgespalten, das Pro und Contra der einen oder andern Maßnahme erwägt. Ein Rüstungsprogramm muß jetzt greifbare Wirklichkeit werden, und seine Ausführung muß jetzt beginnen. Jeder Anfang schon verstärkt an einer Stelle die Abwehrkraft unserer Truppen, kann uns vielleicht einmal Opfer und Niederlagen ersparen» (U. S. in der NZZ, Nr. 1588).

Diese Mahnungen ertönten schon vor vielen Wochen. Wann wird endlich gehandelt und nicht mehr verhandelt?

Der Chef des Eidgenössischen Stabsbureaus, Oberst Siegfried, schrieb im Jahre 1872 an das Militärdepartement:

«Eine größere Commission wird immer zu Vieles vorschlagen, weil Jeder seine Ideen bringt, doch Keiner die Verantwortlichkeit für das Ganze hat. Die in der Arbeit vorhandenen Conceptionen und Vorschläge bedürfen vor Allem der Abklärung und der Vereinfachung, weshalb es zweckmäßiger sein dürfte, in dem gegenwärtigen Stadium der Frage die Verantwortlichkeit der Vorschläge einem Einzelnen zu übertragen. . .»<sup>10)</sup>

Ein solcher «Einzelner» steht uns in der Person des Chefs des Generalstabes ja zur Verfügung.

Das Zaudern unserer Behörden führt nicht nur zu einer zeitlichen Verzögerung der Aufrüstung, sondern gefährdet diese überhaupt, weil sie weitgehend vom Ausland abhängig ist, sowohl für den Ankauf von fertigem Kriegsmaterial als auch für die Beschaffung der Rohmaterialien für unsere eigenen Rüstungswerke. Noch vor einigen Monaten, ja Wochen, hätten wir unsere Aufträge und Bestellungen weitgehend auf offenen Märkten unterbringen können. Seither haben sich die Verhältnisse schlagartig verändert. Die Länder, die für uns als Lieferanten in Frage kommen, sind mit der eigenen Aufrüstung und der Erfüllung von Bündnispflichten vollauf in Anspruch genommen. Mitte September ging aus Presseberichten hervor, daß die britische Regierung die Ausfuhr von Düsenflugzeugen und anderen wichtigen Waffen nach allen Ländern außer nach dem Commonwealth und den Atlantikpaktstaaten verboten habe. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärte, dieses Verbot gelte auch für die Schweiz. Mit Recht erwartet man im Bundeshaus, daß die zwischen der Schweiz und England vor dem Ausfuhrverbot abgeschlossenen Verträge von Großbritannien eingehalten werden. Aber dieses Verbot ist ein deutliches Warnungssignal für die große Erschwerung aller zukünftigen Bestellungen im Ausland (vergl. NZZ, Nr. 1919, 1923, 1926). Vielleicht haben wir bis zum Jahresende ein gründlich durchberatenes Rüstungsprogramm, das aber zu erheblichen Teilen nicht mehr verwirklicht werden kann. Hoffentlich muß unsere Armee eine dadurch erzielte Einsparung an Geld nie mit ihrem Blut bezahlen.

<sup>10)</sup> Brief vom 29. Februar 1872. Bundesarchiv, Landesbefestigung, die Schweiz im allgemeinen.

Schon bei Kriegsende haben wir günstige Gelegenheiten zum Ankauf von Kriegsmaterial aus alliierten Lagerbeständen in Europa verpaßt. Bis bei uns alles geprüft, studiert, erdauert und schließlich bewilligt war, — haben sich andere Länder eingedeckt, und wir mußten uns teilweise mit dem begnügen, was noch übrig blieb. Gewisse Sparmaßnahmen wurden erst getroffen, als sie überfällig waren. Wir erwähnen als Beispiel den Abbau der Pferderegianstalt in Thun, der schon im Juni 1947 vom EMD in Aussicht genommen wurde, aber selbst heute noch nicht vollständig durchgeführt ist. — Heute ist der Abbau der Kavallerie dringlich, da die Einführung von Panzertruppen nur auf Kosten der Kavallerie erfolgen kann.

Während das schweizerische Rüstungsprogramm von einer Studienkommission diskutiert wird, liefert die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon nach England unter anderem neue Antitank-Raketen für britische Düsenjäger. Ein Flabgeschütz mit einer Kadenz von 1500 Schuß pro Minute soll bei englischen und amerikanischen Fachleuten auf größtes Interesse stoßen. Wir dürfen stolz sein auf die Leistungsfähigkeit der schweizerischen Industrie, um so mehr, als die «Daily Mail» schreibt, britische Firmen seien zur Herstellung dieser Waffen nicht im Stande<sup>11)</sup>. Warum muß aber Oerlikon diese neuesten Waffen nach England liefern und nicht zuerst den Bedarf der eigenen Armee decken? Die KTA wird vielleicht nachweisen, eine unseren Bedürfnissen besser entsprechende Waffe sei in Entwicklung begriffen. Der Spatz in der Hand ist aber besser als die Taube auf dem Dach. Für die Aufrüstung unserer Armee wäre daher die fabrikationsreife Waffe von Oerlikon wohl nützlicher als die vielleicht bessere Waffe der KTA, die aus lauter «rage de perfection» möglicherweise erst in einigen Jahren für die Serienfabrikation reif ist.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die *Kistenpaßstraße*, für die ein Bundesbeschluß vom 6. April 1939 den Betrag von 20 Mio ausgesetzt hat. Sie soll eine sichere Straßenverbindung aus dem Glarnerland nach dem Bündnerland schaffen, unter Vermeidung des Talkessels von Sargans. Von diesem Kredit sind bis heute 77 800 Franken ausgegeben worden, offenbar für Projektierungsarbeiten. Sonst ist für diese strategische Straße erster Ordnung noch kein Pickel gerührt worden. Der Restkredit ist eingefroren. Man kann keine Alpenstraße in ein paar Wochen bauen. Wir dürfen daher mit dem Bau der Kistenstraße nicht zuwarten, bis der «38. Breitengrad» in Europa brennt. Elf Jahre sind ungenützt verstrichen. Wann beginnt der Straßenbau?

Für die notleidende Swissair hat der Bundesrat am 5. Juni den eidgenössischen Räten die Anschaffung von zwei Flugzeugen für den Langstreckenverkehr beantragt. Die Räte haben die Vorlage im Juni nicht behandelt, weil sie zuvor über die Gründe der Notlage und über Art und Umfang der verlangten umfassenden Hilfsaktion orientiert sein wollten.

«Die Swissair stand nun vor der Alternative, die Bestellung der Langstreckenflugzeuge bis zur Zusage der Bundeshilfe aufzuschieben oder sie vorsorglicherweise auf *eigenes Risiko* aufzugeben. Sie entschloß sich zu letzterem; denn ein weiteres Zuwarten hätte die Aufrechterhaltung der Transatlantiklinie im Jahre 1951 in Frage gestellt»<sup>12)</sup>.

Dieses Beispiel tatkräftigen Handelns im richtigen Augenblick steht im Gegensatz zur zögernden Behandlung des Aufrüstungsplanes. Muß an den Begriff der *Zivilcourage* erinnert werden?

Miles

<sup>11)</sup> «Berner Tagblatt», Nr. 191.

<sup>12)</sup> Botschaft vom 23. August 1950 über eine außerordentliche Hilfeleistung an die Swissair. Bundesblatt 1950, II, S. 709.